



Änderungsantrag

der Fraktionen von FDP, SPD, Bündnis 90/Die Grünen sowie der Abgeordneten des SSW und der Fraktionen von CDU und Piraten

zur Drucksache 18/3554: Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses

Bezugsdrucksache 18/ 3426: Rechtsstaat durchsetzen - Schutz von Frauen und Kindern in Flüchtlingsunterkünften

Der Landtag wolle beschließen:

Die Drucksache 18/3426 in folgender geänderter Fassung anzunehmen:

„Der Landtag bittet die Landesregierung, den Schutz besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge wie Frauen und Kinder, Homosexuelle sowie Transgender und Intersexuelle in den Flüchtlingsunterkünften durch die konsequente Anwendung von Gewaltschutzmaßnahmen zu gewährleisten und geschlechtsspezifische sowie homophobe Straftaten entschlossen zu verfolgen. Der Landtag begrüßt das ehren- und hauptamtliche Engagement und die bereits bestehenden Kooperationen mit den Vereinen, Verbänden und Initiativen, die sich in Schleswig-Holstein für die Unterstützung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen einsetzen.

Die Landesregierung wird gebeten:

- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um Flüchtlinge bei der Ankunft in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes in verständlicher Form über ihre

- Rechte, insbesondere in Bezug auf den Schutz vor geschlechtsspezifischer, sexueller und homophober Gewalt aufzuklären,
- entsprechende Präventions-, Interventions- und Schutzmaßnahmen zur Vermeidung geschlechtsspezifischer, sexueller oder homophober psychischer und körperlicher Gewalt zu treffen,
 - für Frauen, Kinder und andere besonders schutzbedürftige Personen eine der EU-Aufnahmerichtlinie (RL 2013/33/EU) entsprechende Unterbringung zu ermöglichen sowie entsprechende Schutz- und Rückzugsräume einzurichten, um sie vor geschlechtsspezifischer, sexueller oder homophober psychischer und körperlicher Gewalt zu schützen,
 - DolmetscherInnen, geschultes Sicherheitspersonal, ehren- und hauptamtliche BetreuerInnen oder SozialpädagogInnen für die Thematik zu sensibilisieren und darauf hinzuwirken, dass sie in die Lage versetzt werden, präventiv geschlechtsspezifischer, sexueller und homophober psychischer und körperlicher Gewalt entgegenzuwirken und bei Übergriffen deeskalierend einzugreifen bzw. effektiv zu intervenieren,
 - in den jeweiligen Landesvorschriften zur Flüchtlingsaufnahme und -unterbringung Regelungen zur Umverteilung von Gewalt betroffener, besonders schutzbedürftiger Personen aufzunehmen.“

Marret Bohn

Heiner Garg

Simone Lange

Eka von Kalben

Anita Klahn

Serpil Midyatli

Rasmus Andresen

und Fraktion

und Fraktion

und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering

Astrid Damerow

Angelika Beer

Flemming Meyer

Katja Rathje-Hoffmann

und Fraktion

Lars Harms

und Fraktion